

Bezugspreis:
Jahres 4.50 M.
bei den Postanstalten
(auschl. Postgebühren)
4.50 M.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von G. Chr. Sommer,
Ditz.

Diezer Zeitung



(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Preis der Einzelnhefte
Die einspaltige Zeile
oder deren Raum 30 M.
Werkzeile 90 M.
Ausgabestellen:
Ditz, Rosenstraße 36.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Richard Heim.

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 33

Ditz, Freitag, den 13. Februar 1920

26. Jahrgang.

Letzte Nachrichten.

Einberufung der Nationalversammlung.

Mz Berlin, 13. Febr. Wie die Deutsche Allgem. Ztg. berichtet, beabsichtigt Präsident Ebert die Nationalversammlung am 24. Februar einzuberufen. Sollte bis dahin das Material zu der Auslieferungsfrage noch nicht vollständig vorliegen, daß es zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden kann, so wird die Nationalversammlung in der Erledigung der laufenden Vorlagen fortfahren.

Für freie Wirtschaft.

Mz Berlin, 13. Febr. Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt trat in Bremen mit Entschiedenheit gegen freie Wirtschaft und für gleitende Löhne ein.

Räumung des Remelgebietes.

Mz Königsberg (Ostpr.), 12. Febr. Das Kreiswehr-Commando teilt mit: Der Remeler Gau ist von den deutschen Truppen völlig geräumt und der neue Grenzschutz von den Truppen der Entente übernommen. Ein französisches Bataillon trifft heute in Remel ein, wo bereits ein englischer Zerstörer und ein französischer Kreuzer einliefen.

Politischer Streit im Vogtlande.

Mz Plauen (Vogtl.), 12. Febr. Die Vorstehenden der Gewerkschaften und die Vertrauensleute der Betriebe beschloßen, einen 24stündigen Streik als Protest gegen die Anwesenheit der Reichswehrtruppen und das Verbot der unabhängigen Zeitung eintreten zu lassen.

Die Auslieferung in Oldenburg.

Mz Oldenburg, 13. Febr. Der Landtag hat das Gesetz über die Abfindung des Großherzogs gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Danach geht der Kronschatz in Privatbesitz über. Dem Großherzog verbleibt allein das Gut der Entente. Der Antrag der Unabhängigen auf Aufhebung des Ausnahmezustandes bei der Regierung hinzuwirken, wurde abgelehnt.

Der neue französische Kammerpräsident.

Mz Paris, 13. Febr. (Havas.) Raoul Peret wurde mit 372 von 405 abgegebenen Stimmen zum Kammerpräsident gewählt.

Gefahr.

Mz Hamburg, 13. Febr. Der vorgestern an der nordwestlichen Küste gestrandete Dampfer Polla der deutschen Seemarine ist völlig verloren. 10 Mann der Besatzung werden vermißt.

Die Auslieferungsfrage.

— Rechts gutachten. Die Reichsregierung hat, wie man erfährt, neuerliche Rechtsgutachten von juristischen Seiten in Sachen der Auslieferungsfrage eingeholt. Unter den eingeholten Gutachten befindet sich auch ein solches des Reichsgerichts, das die Unzulässigkeit der Auslieferung von Deutschen an ausländische Gerichtshöfe behauptet.

— Die Verfolgung der Vergehen während des Krieges. Der Oberreichsanwalt Dr. Zweigert ist aus Berlin in Berlin eingetroffen, um sich mit dem Reichsjustizminister Schiffer über die Durchführung des deutschen Gesetzes zur Verfolgung der Vergehen und Verbrechen während des Krieges vom 18. Dezember 1919 zu beraten. Der Reichsjustizminister läßt jetzt Material sammeln von solchen Fällen, in denen von uns während des Krieges und Revolutionsjahres Verurteilungen erfolgt sind wegen Vergehen, die denen ähnlich sind, wie sie in der Liste vorgeworfen werden. Nach diesem Material soll veröffentlicht werden.

— Die italienischen Nationalisten. Nach dem Osservatore Romano treten nunmehr auch die nationalsozialistischen italienischen Blätter gegen die Auslieferung stark ein und lehnen entschieden jede Beteiligung Italiens an der zwangsweisen Verfolgung ab. Der Osservatore schreibt: „Ein solches Vergehen verstößt gegen den Willen und das Gewissen Italiens, das kein Interesse daran habe, sich an der Rache Frankreichs zu beteiligen, den besiegten Feind nach Friedensschluß zu demütigen, um den Gefesselten im Triumphzuge herumzuführen. Italien wolle weder die englische Herrschaft stützen, noch dem französischen Rachedurst hulldigen, noch Deutschland von der Weltkarte tilgen oder dauernd ächten. Holland habe bei der Weigerung nach Ehre und Gewissen verfahren.“

— Ein französischer Ausweg. Um wieder das Einberufen mit den Verbündeten führen nach die Auslieferungsbestimmungen des Friedensvertrages ändern zu müssen, hält der Temps folgenden Ausweg für geboten: Die Artikel 428, 429 und 430 geben kein Mittel an, um die Auslieferung zu erreichen. Aber wir sind darum nicht weniger verpflichtet, vor unseren Militärgerichten Verfolgungen der Schuldigen einzuleiten. Die Schuldigen müssen abgeurteilt werden. Wenn es auch in ihrer Abwesenheit wäre. Die Abwesenheit der Angeklagten hindert nicht, die Beweise für Verbrechen zu erheben, die Zeugnisse zu vernahmen und dem Verfahren die größte Öffentlichkeit zu geben. In der ganzen Welt wird man mit den Tatsachen, die die Rechtfertigung feststellen haben wird, vertraut gemacht werden. Die Meinung der Welt wird ihrerseits ihr Urteil sprechen. Und wenn die Schuldigen ihre Stimmen erheben und aussprechen, daß man sie nicht gehört hat, wird man ihnen antworten: „Warum habt ihr euch nicht gestellt? Eure Pflicht zeigt nicht, daß euer Gewissen ruhig ist.“ Schließlich ist es auch eine Züchtigung von dem Menschen geschlecht gebrandmarkt zu werden. Deutschland, das die Schuldigen nicht ausgeliefert haben wird, hätte damit gegen

die Verpflichtung verstoßen, die es unterschrieben hat. Dadurch wird es den alliierten und assoziierten Mächten das Recht gegeben haben, ihm etwaigenfalls die allgemeinen Maßnahmen des Vertrages aufzuerlegen. In welchem Maße und zu welcher Zeit von diesem Rechte Gebrauch gemacht werden soll? Das ist eine Frage, die mit Rücksicht auf die Praxis sein wird, wenn die Gelegenheit sich ergibt. Für den Augenblick wird es genügen, zu erwähnen, daß ein Recht geschaffen ist, und daß man sich vorbehält, es bei Gelegenheit anzurufen.“ Der Temps deutet schließlich an, daß es sich bei diesen Ausführungen nicht um eine private Meinung handle, sondern um die Politik der französischen Regierung.

Der Völkerverbund.

— Das Spitzbergenabkommen ist in Paris unterzeichnet worden. Es garantiert Norwegen die volle und uneingeschränkte Oberhoheit über den Archipel, es sichert den Angehörigen der vertragschließenden Großmächte Gleichberechtigung in der Fischerei, der Jagd und der Grubenerschließungen zu. Es wurden Bestimmungen angenommen über die Erledigung von Reklamationen, die sich aus früher erworbenen Rechten ergeben könnten. Die Rechte der Einwohner werden garantiert und sie genießen dieselben Vorteile wie die Bürger der alliierten Staaten.

Die Auszahlungen der Requisitionsbegünstigten im besetzten Gebiet.

Auf Grund von Erkundigungen, die an unterrichteter Stelle eingezogen wurden, teilt die R. Z. folgendes mit:

Die Klagen und Beschwerden über die Reichs- und Landesregierung wegen der Nichtauszahlung der Entschädigungen für Anordnungen und andere Besetzungsschäden wollen nicht verstummen. Und doch liegt kaum auf irgendeinem Gebiet so wenig begründeter Anlaß vor, der Berliner Zentralregierung Vernachlässigung der Interessen des besetzten rheinischen Gebietes zum Vorwurf zu machen, wie in der Frage der Entschädigungen für erfolgte Anordnungen der Besetzungstruppen. Schon am 2. März 1919 ist ein Reichsgesetz erlassen, das in vollkommen ausreichender Weise und mit größtem Entgegenkommen die Entschädigungen regelt. Das Reich hat auch sofort die nötigen Gelder zur Verfügung gestellt und z. B. für Preußen die Regierungspräsidenten Mittel überwiesen, die zur Auszahlung aller Forderungen genügen. Das Verfahren ist einfach und rasch. Man meldet bei der Ortsbehörde an, durch diese erfolgt die Abschätzung der Leistung und Schäden, der Regierungspräsident setzt die Höhe der Entschädigung fest, wogegen das Rechtsmittel an die Reichsentschädigungskommission in Berlin gegeben ist. Trotz dieser Vorkehrungen ist es der Reichsregierung nicht beschieden gewesen, hierfür bei der Bevölkerung des besetzten Gebietes Dank zu ernten. Die Schuld lag nicht an ihr, sondern an den Verhältnissen, da die Durchführung des Gesetzes nur in der englischen Zone uneingeschränkt zugelassen ist. Auch heute, nach der Ratifikation des Friedens, ist deshalb die deutsche Regierung noch nicht in der Lage, auf diesem Gebiete den Wünschen der rheinischen Bevölkerung entgegenzukommen, wie sie es möchte. Die internationalisierte Rheinlandkommission soll nach dem Rheinlandabkommen die Abschätzung der Requisitionsforderungen und Besetzungsschäden für das gesamte besetzte Gebiet einheitlich regeln. Die Verhandlungen darüber schweben schon seit längerer Zeit. Eine Entscheidung der Kommission ist jedoch noch nicht ergangen; bis dahin bleibt es in den einzelnen Zonen bei dem bis dahin bestehenden Verfahren.

Im englisch besetzten Gebiet haben die deutschen Entschädigungskommissionen ihre Abschätzung ungehindert vornehmen können; der Regierungspräsident von Köln hat die festgestellten Schadenforderungen in vollem Umfang ausbezahlt dürfen. Soweit in diesem Gebiet daher noch Klagen bestehen, können sie sich nur auf Personenschäden beziehen und einige andere Vermögensverluste, die mit der Besetzung nur mittelbar zusammenhängen; denn solche Schäden werden durch das Reichsgesetz vom 2. März 1919, das sich nur auf Entschädigung von Sachschäden bezieht, nicht gedeckt. Ein Reichsgesetz, das auch für Personenschäden eine angemessene Vergütung gewährleistet, ist in Vorbereitung und wird hoffentlich bald in Kraft treten können. In der amerikanischen Besetzungszonen bedarf neuerdings, abgesehen von Quartiergebern, bei denen diese Beschränkung nicht gilt, jede Festsetzung und Auszahlung von Requisitionsbegünstigten und Schadenvergütungen überhaupt der Genehmigung der amerikanischen Besetzungsbehörde. Mit dieser Aufgabe regelt sich das Verfahren nach den oben erwähnten Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 2. März 1919. In der belgischen Besetzungszonen ist die Anwendung des Reichsgesetzes vom 2. März 1919 nicht zugelassen. Insofern die Bezahlung der Anordnungen nicht durch die Besetzungsbehörde selbst erfolgt, können die Gemeinden vorübergehende Vergütungen an die Berechtigten zahlen. Sind die Besetzungsbehörden mit Abschätzung und Preisfestsetzung beauftragt, so kann eine Abschätzung deutscherseits nicht erfolgen. Auch eine Bewährung von Vorwissen über den von der Besetzungsbehörde festgesetzten Betrag, wenn dieser hinter den ortsüblichen Preis zurückbleibt, ist nicht gestattet. Auch in der französischen Besetzungszonen ist die Anwendung des Reichsgesetzes vom 2. März 1919 nicht zugelassen. Die Abschätzung und Feststellung sowie auch vielfach die Auszahlung der Vergütungen, die sich bisher meist auf Quartiergeber beschränkt hat, erfolgt lediglich durch die französischen Besetzungsbehörden der von dem betreffenden General-Commando eingeführten französischen Bestimmungen. Eine Vorzahlung von Vergütungen ist im allgemeinen den Gemeindeverwaltungen durch die französischen Besetzungsbehörde untersagt. Die Gründe für dieses Verhalten der Besetzungsbehörde sind nicht bekannt, sie scheinen in der Be-

stimmung des Friedensvertrages zu suchen sein, wonach die Aufwendungen des Deutschen Reichs für die Unterbringung der Besetzungstruppen im besetzten Gebiet von Deutschland von der ersten Kriegsschadenssumme von 20 Milliarden Mark in Abzug gebracht werden dürfen.

Deutschland.

— Die Willkürherrschaft der Polen. Der Personenverkehr, der zurzeit über die Strecke Dirschau-Danzig-Bautzen-Stolz geleitet wird, kann vorläufig noch nicht wieder über die Strecke Dirschau-König gebracht werden, angeblich weil das Einverständnis der polnischen Heeresleitung noch nicht vorliegt. Da die Strecke Danzig-Bautzen-Stolz von den Polen besetzt wird, ist es fraglich, ob nicht auch dieser Verkehr wenigstens vorübergehend gesperrt wird. Trotz großen Drängens ist es der preussischen Eisenbahnverwaltung noch nicht möglich gewesen, von der polnischen Verwaltung zuverlässige Auskunft zu erhalten, welche Fahrpläne an der neuen Grenze bestehen.

— Eine französische Drohung. Der französische Ministerpräsident hat der deutschen Vertretung in Paris eine Note zugehen lassen, die Beschwerde über mangelhafte Kohlenlieferung führt und wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßnahmen androht. Der Vorwärts führt aus, daß in dem französisch-deutschen Kohlenkonflikt der deutsche Rechtsstandpunkt völlig unantastbar sei, und schreibt: Wenn jede Macht, die da glaube, ihre Ansprüche aus dem Friedensvertrag nicht ganz erfüllt zu sehen, das Recht hätte, mit Deutschland umzupringen, wie es beliebt, so wäre Deutschland 30 Jahre lang und länger jeder Willkür seiner einstigen Gegner preisgegeben. Eigenmächtige Schritte Frankreichs wären reine Akte der Gewalt und nicht einmal im Sinne des Versailler Vertrags Akte des Rechts. — Die deutsche Regierung lehnt das Ansuchen der französischen Note entschieden ab. (Wir kommen darauf noch ausführlich zurück. Red.)

Elßaß-Lothringen.

— Einziehung der Jahresklasse 1919. Es sind rund 11 000 junge Elßaß-Lothringer, die als die ersten Rekruten der „desarmierten Provinzen“ sich am 10. d. Mts. rechtzeitig zu den von Diedenhofen und Straßburg abgehenden Sonderzügen einfinden mußten, die sie in ihre Standorte längs der ehemaligen Grenze befördern. Für die Elßaß-Lothringer werden in ihren Garnisonen besondere Soldatenheime eingerichtet, wo sie sich in ihrem „Dialekt“ unterhalten dürfen; die Rekruten haben allerdings die Pflicht, durch Teilnahme an Sprachkursen baldigst Französisch zu lernen.

England.

Die Eröffnung des Parlaments. Der König eröffnete persönlich das Parlament. Seine Rede nahm Bezug auf die Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland und die bevorstehende Ratifikation der Verträge mit Österreich und Bulgarien und drückte die Hoffnung auf einen baldigen Friedensschluß mit Ungarn und der Türkei aus. Dann heißt es in der Rede weiter: In einer Anzahl von Sitzungen, die vor kurzem in London und Paris stattfanden, wurden die ausgezeichneten Beziehungen, die mit allen unseren Alliierten bestehen, gestärkt. Weiter wird in der Rede der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß in der abstrakten Frage bald eine Lösung erzielt wird, und erklärt, daß es wesentlich sei, wenn der Friede und normale Zustände im Wirtschaftsleben Europas und Auslands wiederhergestellt würden. Großbritannien und Frankreich sollten sich mit raschen Schritten der Stabilität und der Wohlfahrt. Alle Klassen müßten jedoch fortfahren, sich an dem Werke des Wiederaufbaues zu beteiligen. Die Lage in Irland erzwinge ernste Maßnahmen. Die Zeit für eine bessere Regierung dieses Landes werde unversäglich eingebracht. Die Rede kündigt dann Maßnahmen, betr. die Versicherung gegen die Unversichertigkeit sowie die Regelung der Arbeitszeiten, Mindestlöhne und Bestimmungen gegen das Dumping, an. Der König sagte bei Eröffnung des englischen Parlaments u. a. noch, er habe infolge der Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland seinen Vertreter nach Berlin entsandt, der dort als Geschäftsträger fungieren solle. Er sei im Begriff, den deutschen Vertreter am Hofe von James zu empfangen. So lange in Ostropa Kriege und unregelmäßige Verhältnisse herrschen würden, würden die Kosten des Lebensunterhaltes herabgesetzt noch der Welt die Wohlfahrt des Friedens wiedergegeben werden. Der König drückte seine Freude darüber aus, daß die Preise für Lebensbedürfnisse in England beträchtlich geringer seien als anderswo. — Lloyd George behandelte bei der Debatte über die Adresse auf die Thronrede das Budget 1919/20 gütig anfallen werde, nahm Bezug auf seine Erklärungen über die Lage in Europa bei der Behandlung der liberalen Antragstellung, in denen die Abänderung des Friedensvertrages gefordert wird und beschränkte sich bei seiner Erklärung über die auswärtigen Angelegenheiten auf England. Lloyd George verteidigte die politische Politik der Regierung und legte Nachdruck darauf, daß Europa nicht wiederhergestellt werden könnte, bevor die russischen Hilfsquellen nicht wieder zur Verfügung stünden. Er wies auf die Unmöglichkeit anderer politischer Maßnahmen hin und erklärte dann, es sei deutlich, daß der Weltfrieden nicht durch Zwangsgewalt herbeigeführt werden könne. Es bestünde keine Regierung, die berechtigt sei, ihr ganz England zu sprechen. Der einzige übrigbleibende Weg sei, England durch den Handel zu retten, was beruhigenden Einfluß haben würde und mehr als jede andere Methode die Grausamkeit und Raubherrschaft der Bolschewiki ausrotten werde. Nach der Debatte im Unterhaus über die Adresse auf die Thronrede gab der Minister des Äußern Lord Curzon, einem Bericht des Foreign Office zufolge, eine ausführliche Uebersicht über die Lage im Ausland, in der er über den Völkerverbund, die Haltung Amerikas und der Vertrag mit der Türkei sprach. Er teilte mit, daß der Brief Greys, betr. die Haltung

Amerikas gegenüber dem Völkerbund, nicht von der Regierung veranlaßt sei. Auch Curzon sagte jedoch, daß er Grey für seine Aktion dankbar sei. Er sei mit größter Besorgnis über die Lage im Osten erfüllt. Die Uebereinstimmung mit den alliierten Mächten zur Beilegung des Krieges sei in ihren Folgen sehr entscheidend und bindend gewesen, und ohne ein abschließendes Urteil zu fällen, lege er doch Nachdruck darauf, daß dies eine Warnung gegen Versuche sei, in Zukunft ähnliche Fragen aufzuregen aufzuheben zu bringen. Ein engeres Zusammenarbeiten mit den Alliierten, vor allem mit Frankreich, sei notwendig, da Frankreich und England die natürlichen Wächter des Schicksals des nahen Ostens und Mittelasiens seien. Lord Curzon sprach die Hoffnung aus, daß keine Aktion von einer der interessierten Parteien zugelassen werden sollte, die der europäischen Verständigung und dem freundlichen Zusammenwirken, das alle befehlen müßte, Schaden könnte.

Lloyd George und die Konservativen. Die „Times“ schreibt zu Lloyd Georges Rede, die Nation habe aufgehört, ihm und seinen Anhängern Vertrauen entgegenzubringen. So sehr auch Personen verschiedener politischer Richtungen in fundamentalen Fragen anderer Meinung seien als Asquith, so wolle man ihn doch wieder im Parlament sehen. Man hoffe, daß die Wähler von Paisley diese allseitig gebotene Hoffnung nicht enttäuschen werden. Diese Kennerung des Wortes ist auffällig, wenn man bedenkt, daß der Fall Asquiths und seine Erregung durch Lloyd George im November 1916 hauptsächlich das Werk der von der „Times“ geführten Fehde war.

Soziales.

Ausbau der Sozialversicherung. Der Deutsch-demokratische Arbeiter- und Angestellten-Berein in Nürnberg hat am 25. Januar eine Entschließung gefaßt, welche die Demokratische Fraktion der Nationalversammlung ersucht, für eine baldige Reform der gesamten Sozialversicherung nachdrücklich einzutreten. Hierbei wolle insbesondere darauf hingewirkt werden, ob folgende Forderungen der Beschäftigten der Nationalversammlung zu unterbreiten sind: 1. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf dem Gebiete der Krankenversicherung, Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden, sowie die Eingliederung des kleinen und mittleren Handwerker- und Gewerbestandes und der kleinen Landwirte in die Versicherung. Der Grundlohn, welcher zur Befreiung des Krankengeldes laut § 180 der Reichsversicherungsordnung herangezogen wird, muß unbedingt bis zu 20 Mark festgesetzt werden. 2. Schaffung einer sozialen Familienversicherung durch Einbeziehung der Familienangehörigen der Versicherten in die Krankenversicherung, sowie der kleinen Selbständigen Gewerbetreibenden u. dgl. 3. Die Unfallrenten sind bis zu einem Jahresverdienst von 4000 Mark voll zu berechnen, die Unfälle auf den Wegen zu und von der Arbeit, sowie die Gewerbe- und Berufsunfälle als Betriebsunfälle anzuerkennen. 4. Erhöhung der Versicherungsleistungen entsprechend dem gesunkenen Gehalt und entsprechend an die verteuerte Lebensführung. 5. Schaffung einer allgemeinen einheitlichen Pensionstabelle (sog. Staatsbürgerleistung) für Arbeiter und Angestellte unter Berücksichtigung der in Ziffer 1 genannten Berufsstände mit Beitragspflicht des Reiches, der Unternehmer und der Versicherten unter Berücksichtigung folgender Richtlinien: a) Das Recht auf Pension tritt ein sobald Berufsunfähigkeit vorliegt, sowie spätestens bei Vollendung des 60. Lebensjahres. b) Für die Pensionsempfänger und deren Hinterbliebenen ist die Pension so zu bemessen, daß den heutigen Lebensbedürfnissen Rechnung getragen und die Pensionsempfänger vor äußerster Notlage geschützt sind.

Aus dem Gerichtssaal.

Der Eisenbahnanschlag bei Schneidemühl am 2. Januar, bei dem zwischen den Stationen Schwanau und Etzdorf bei Wladimir eine Eisenbahn entgleiste und kurz darauf der Zug 4 Schneidemühl-Berlin in die Kammer des Eisenbahnzuges hineinfuhr, fand seine Zähne vor dem Schwurgericht in Schneidemühl. Es wurden damals 18 Passagiere getötet und 26 verletzt. Unter der Anklage, das Attentat verübt zu haben, stand der Arbeiter Otto Berthold und Pommig. Der Angeklagte bekennt sich schuldig. Unter die Tat macht er noch folgende Angaben. Im Sommer 1913 hat er, nachdem seine aus Rußland mitgebrachten Lebensmittel erschöpft waren, seinen Unterhalt durch Ausführung von Handdiesbstählen und Einbrüchen gesichert. Er wurde gefaßt und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Gefängnis habe er sich mit anderen Gefangenen über die Ausführung von Verbrechen unterhalten und in einer Zeitung von einem Eisenbahnattentat gelesen. Am 15. Januar sei es ihm gelungen, aus dem Gefängnis auszubrechen. Nachdem er sich über den Fahrplan der Züge orientiert hatte, schlug er den besten Ausweg und die Zeitpunkte vor, den Zug zur Entgleisung zu bringen und zu veranlassen, die Räder waren einverstanden. Als die drei gerade die Schienen gelockert hatten, kam der Eisenbahnzug von Berlin heran. Es gab einen Knall, und der Zug stand. Die drei waren inzwischen auf eine Höhe getreten und sahen gleich darauf den Zug von Schneidemühl heranziehen. Es ging alles sehr schnell. Es gab einen Knall und einen Knall, und das Unglück war geschehen. Nun befehl es die Verbrecher mit der Angst zu tun und ließen davon, weil sie glaubten, daß geschossen würde. Berthold, den die beiden Räder Jahnke und Pommig davon überzeugen waren, irrte dann weiter, bis er schließlich in Schneidemühl entdeckt und verhaftet wurde. Der Sachverhalt des Eisenbahnunglücks nach von Sachverständigen auf 5 bis 6 Millionen angegeben. Das Urteil lautete wegen Mordes auf Tod und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Vermischte Nachrichten.

Postgebühren und Materialpreise. Obwohl die Postverwaltung erst am 1. Oktober eine allgemeine Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechggebühren vorgenommen hat, beschäftigt sie sich bekanntlich schon wieder mit den Vorarbeiten für einen neuen noch tieferen Tarif, weil bereits jetzt vorausgesehen werden kann, daß der Posthaushalt des Rechnungsjahres 1920 mit einem Defizit von mindestens einer Milliarde Mark abschließen wird. Diese einfache riesenhafte Unterbilanz, die noch über das hinausgeht, was der gesamte Postetat für 1919 an Einnahmen vorsieht, ist nicht etwa lediglich auf die von der Regierung kürzlich verfügte Erhöhung der Teuerungszulagen der Reichspostbeamten um 150 Prozent und die weiter notwendig gewordene Aufbesserung der Löhne der Postkassisten und Telegraphenarbeiter zurückzuführen; sie wird vielmehr sehr wesentlich noch durch das fortgesetzte, sprunghafte Steigen aller Materialpreise bestimmt. Vergleicht man die derzeitigen Beschaffungskosten der wichtigsten Beförderungsmittel, Baumaterialien und sonstigen Bedarfsgegenstände der Reichspost mit denen des Jahres 1914, so beträgt die Steigerung in Prozenten für Bahnpfosten 208, Postautos 300, Paketbestellungen 400, Telephonapparate 300 bis 1000, Telegraphenstationen 800, Eisenbahn 1939, Bronzeblech 1508, Porzellansteinglocken 491, Kabel 1428, Briefkasten

394, Briefkasten 1488, Möbel 300 bis 600, Posthausbaumaterial 500 bis 1653 und Bauarbeiterlöhne 270 bis 687. Diese Sätze, die sich auf den Stand vom 1. Januar beziehen, sind inzwischen teilweise schon wieder überholt. Schon allein aus diesem Grunde kann man sich daher nicht darüber wundern, wenn die am 1. Oktober v. Js. vorgenommene Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechggebühren, die gegenüber dem Friedensstand durchschnittlich 100 Prozent ausmacht, unter den gegenwärtigen abnormen Verhältnissen trotz aller Bemühungen der Postverwaltung, ihre Einnahmen und Ausgaben auch nur einigermaßen zu balancieren, ohne den erhofften Erfolg bleiben muß.

92 Menschen durch einen Hund gerettet. In New York konnte kürzlich infolge starker Brandung das kanadische Kreuzschiff „Edith“ nicht landen. Auch war es unmöglich, die Passagiere auszubaden. Von der Küste aus versuchte man vergebens mit Boaten eine Rettungsflotte hinauszuschicken. Die 92 Leute haben bereits den sicheren Tod vor Augen. Da gelang es einem New Yorker Hund, mit einer Leine im Maul, aus Land zu schwimmen. Rings war die Verbindung vom Land aus durchgestellt und im Arm konnten sämtliche Fahrgäste und Mannschaften geborgen werden.

Kältegefahr während der Fahrten. In wieder auf vier Tage festgesetzt werden. Damit ist die bisherige Einschränkung, daß die Hochzeiten nur für den Freitag gelte, ebenfalls aufgehoben worden.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Die Wiesbadener Mietertagung am 15. Februar, vormittags 10 Uhr, im Saal am Pöhlplatz wird eine starke Beteiligung finden. Es werden wichtige Fragen behandelt werden, wie z. B. Reparaturpflicht der Hausbesitzer, Mietssteigerungen sind unzulässig, Wohnungsbeschläge, Hausverkäufe an Ausländer. Wie sind sofort neue Wohnungen zu beschaffen? Die Schuld der Gemeinden und Spekulation am Wohnungsmangel. Regierungen, Gemeindeverwaltungen und Vertreter, Bauvereine, Bauvereine und Bauvereine, Mieter und Siedler aller Gemeinden sind geladen, um in Ausschüßberatungen und Beratungen alle Fragen zu erörtern. Am wichtigsten wird die praktische Lösung der Wohnungsfrage mit Hilfe der Siedler sein. Es wird jetzt im Heimkultur-Erhebungs, System Bees eine Musterlösung „Eden“ in Berlin für den Spar- und Bauverein angeführt. In Verbindung damit und mit weitestgehender Unterstützung der Regierung werden seitens der „Heimkultur“ Wohnbauvereine eingerichtet, die der Öffentlichkeit zeigen sollen, wie fähige Hausbesitzer und Selbsthilfe der Siedler selbst in unangenehmer Zeit einwandfrei und billige Wohnbauten schnell entstehen lassen. Anträge zur Teilnahme an der Tagung sowie Ausstellung von Preisnachlässen u. dgl., sowie Auskünfte (auch wegen der Wohnbauvereine) bei Herrn Direktor E. Wigt, Wolfshöhe, Wiesener Straße 3, Fernsprecher 1906.

Koblenz, 12. Febr. Die Koblenzer Stadtverwaltung hat in ihrer letzten Sitzung u. a. mit der Erweiterung des Friedhofes. Es wurden vorläufig 600 000 Mark angefordert, das ganze Projekt aber auf 5 Millionen Mark veranschlagt. Die Vorlage wurde wegen der großen Tragweite noch einmal in den Ausschüß zurückverwiesen. Die finanziellen Verhältnisse der Stadt haben sich so ungünstig gestaltet, daß mit einer Erhebung eines 5. und 6. Steuerquartals zu rechnen ist, auch wenn die aufzubringenden Mittel noch auf andere Steuerarten verteilt werden. Zunächst wurde die Luftkältesteuer herangezogen.

Frankfurt a. M., 12. Febr. In das Zentralabermuseum sind Diebe eingebrochen und haben aus den im Treppenhaus aufgestellten Schaukästen mit goldenen und silbernen Medaillen und Erinnerungsdingen und Plaketten 41 der wertvollsten Stücke geraubt. Der Sachverhalt der gestohlenen Münzen beträgt mehr als 800 000 Mark, der Kunst- und historisch wertvoll ist unerschätzbar, da die Münzen ihrer Bedeutung entsprechend durchweg nur einmal geprägt wurden. Der Museumsverwaltung kann allerdings der schwere Schaden nicht erspart bleiben, daß sie in dieser unerschätzlichen Zeit noch herabgefallene Wertstücke öffentlich zur Schau auszustellen den Mühen besch.

Frankfurt a. M., 12. Febr. Ein etwa 29-30 jähriger Hochschüler, der sich als Sohn eines hiesigen bekannten Kunsthändlers ausgibt, prellt unter Ausnutzung von Schein, für die natürlich keine Bedingung vorhanden ist, hier und in den Nachbarstädten Angehörige der besten Gesellschaftskreise um erhebliche Geldbeträge. Am Freitag reiste der 25 jährige Kaufmann Franz Weidner von Berlin nach Frankfurt, landete hier unbemerkt. Dann begab sich der kühne Krieger zu einem Herrn Mart, verbrachte ihm eine glänzende Stellung und erschwand sich von ihm für 15-20 000 Mark Anzüge und Mäntel. Als dieser moderne Mannmann auf dem Luftwege wieder nach Berlin zurückkehren wollte, wurde er kurz vor dem Start von der Polizei festgenommen. Bis auf die Flugzeugreise mußte der junge Mann vorstehende Begebenheit vor der Polizei als wahr zugeben, alles häßliche Bedenken war Gründung von ihm.

Aus dem Unterhaltkreise.

Brotpreisüberhebung. In der Sitzung der Wirtschaftsstelle für den Unterhaltkreis am Mittwoch, wurde beschlossen, den Brotpreis auf 2,05 Mark für den 1/2 Brot herabzusetzen, ein Beschluß, der wohl sehr begrüßt werden wird.

Aus Ems und Umgegend.

Glodenbeschaffung. Die auf heute Abend angelegte öffentliche Versammlung, in der die Glodenbeschaffung besprochen werden sollte, findet nicht heute, sondern erst am Montagabend statt.

Der Vertrieb der Emscher Markenprodukte.

Die Sorge um die Zukunft, die in Bad Ems unbeschäftigt mit dem Markenbetriebe verbunden ist, hatte am Mittwochabend Bürger und Bürgerinnen aus allen Kreisen, aus allen Parteien zu einer imposanten Versammlung vereint. Die demokratische Partei hatte die Einladung erteilt, aber sie ließ durch ihren Vorsitzenden in erster Linie betonen, daß sie keine Parteizwecke verfolgen, sondern mit der Allgemeinheit der Emscher Bürger über die Frage: „Wie kann Bad Ems einen größeren Nutzen aus den Quellen ziehen“ erörtern wollte. Fabrikant Sturm erinnerte in seinen einfelnden Worten daran, daß das Gesetz über die Kommunalisierung vielleicht dahin ausgelegt oder geändert werden könne, daß auch Bäder in staatlichem Besitz auf Städte übertragen werden können. Der Redner legte die Ansicht einer Übernahme der gesamten Quellenausnutzung auf die Stadt dar, und rechnete heraus, daß sich 100 000 Mark Ueberschuß nicht nur erzielen, sondern noch erhöhen lassen. Wenn aber eine Uebernahme von Fabrikation und Vertrieb der Quellenprodukte nicht möglich ist, dann soll der Staat sie ganz behalten oder wenn er glaubt, den Vertrieb nicht selbst übernehmen zu können, dann soll der Staat den Vertrieb der Stadt und nicht einer Privatfirma überlassen. Man weiß jetzt bestimmt, daß der Staat mit der Firma Unkelbach in Düsseldorf verhandelt hat, um ihr zu dem Vertrieb der

Sätze und der Pastillen auch noch den des Wassers zu übertragen. Zweck der Versammlung ist es, gegen diesen Plan zu protestieren. Stadtv. Hankel legte dann noch die Notwendigkeit dar, neue Einnahmequellen für die Stadt zu schaffen. Irrendwelschen Einzelpersonen Vorteile zu schaffen lag außerhalb jeder Absicht der Partei. Der Redner erörterte eingehend den Plan der Veräußerung der Bürgerrechte durch Anteilscheine und rief zu schnellem Handeln. Auf der Grundlage dieser beiden Ausführungen entspann sich eine ausgedehnte Debatte, in der man u. a. erfuhr, daß die Sozialdemokratische Partei Bad Ems sich in die zuständigen Stellen in Berlin und Wiesbaden gewandt habe, um einen Vertragsabluß mit der Firma Unkelbach zu verhindern, daß sie den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung Scheidemann um Unterstützung gebeten habe. Man erfuhr ferner, daß die Kommission zur Wahrung der städtischen Kurinteressen gemäß den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung sich mit der Angelegenheit mehrfach beschäftigt hat. Sie ist dabei zu dem Schluß gekommen, daß eine Verlegung der Büros der Firma Unkelbach nach Bad Ems sich wohl am besten erreichen lasse; der demokratische Vertreter Fischer ist aus der Kommission ausgeschieden. Es wurde u. a. auch vorgeschlagen, den Staat, wenn er den Vertrieb selbst übernimmt, zu bitten, der Stadt eine geringe Abgabe von jeder Schachtel, jeder Tube oder Flasche zu geben, und sei es nur ein ganzer oder ein halber Pfennig. Aus allen Reden klang immer daselbe heraus: der Staat muß auch den Vertrieb übernehmen oder soll ihn der Stadt lassen. Wie das im einzelnen zu machen ist, dafür ist Rat zu schaffen. Die Stimmung der Versammlung wurde in folgender Resolution festgelegt:

Die heute im Saalbau Hild versammelten Bürger und Bürgerinnen von Bad Ems nahmen einstimmig folgende Entschließung an: „Wir sind der Meinung, daß der Staat die Herstellung und den Vertrieb der Quellenprodukte in eigener Regie behalten bzw. übernehmen soll. Im Falle, daß der Staat aus irgend welchem Grunde glaubt, den Vertrieb der Quellenprodukte abgeben zu müssen, kann als Vertreter nur die Stadt Ems in Frage kommen.“

Aus Nassau und Umgegend.

Der evangelische Hauptgottesdienst beginnt vom nächsten Sonntag (15. Febr.) ab, um 10 Uhr nach deutscher Zeit.

Aus Diez und Umgegend.

Konzert der Wiesbadener Künstler. Der Vorverkauf von Eintrittskarten für das Wohltätigkeitskonzert der Wiesbadener Künstler am 20. Februar im Hof von Holland ist bei der Buchhandlung Wedel eröffnet und wird am Freitag, den 20. b. Mts., nachmittags 5 Uhr geschlossen werden. Sperrplatz 1. und 2. Rang sind nummeriert. Besondere Plätze sind für den 2. Rang den Andraa Stehplatz, es sind jedoch nicht nummerierte Sitzplätze auf der Galerie. Das Konzert beginnt nicht, wie auf dem Programm angegeben um 7, sondern um 8 Uhr abends. Das letzte wunderbare Konzert der Künstler steht noch in guter Erinnerung. Es ist daher zu hoffen, daß auch diesmal mit einem ausverkauften Haus gerechnet werden kann, umso mehr, als der Reinerlös zum Besten der durch das Hochwasser geschädigten hilfsbedürftigen Familien unserer Stadt bestimmt ist.

Arbeits- oder Politikpolitik, das war das Thema, über welches sich am Mittwochabend Dr. Max Quara, der bekannte sozialdemokratische Führer, im großen Saale des Hotels „Hof von Holland“ verbreitete. Es wird uns darüber berichtet: Seit langem hatte wohl keine Versammlung so viele Zuhörer aus unserer Stadt, Frauen und Männer, trotz des frühen Beginns angelockt vermocht. Von der Arbeitsstelle waren zahlreiche Arbeiter zum Vortrag geeilt. Hier sprach ein in der Politik, im Kampf für das Proletariat ganz gewandter Parlamentarier, und was er predigte, waren keine Utopien, sondern ein Aufruf zur gemeinsamen Arbeit am Wiederaufbau. Sein Vortrag war aber auch ein Hinknurren der Maske von den Gesichtern der Politikpolitik von rechts: Er sprach über die Entstehungsurachen des Krieges, über Schwerkriegsindustrie, die Schwerindustrie, jede wollte die Macht, der Zusammenstoß mußte einmal kommen, weiter über unsern Zusammenbruch, wie er logischerweise eintreten mußte, und wie die Schuld an unserm jetzigen Elend trägt. Urprüngliche Schuld an allem trägt die Landwirtschafte Politik, die alles machen wollte, die sich nicht unterordnete über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Volkes, ihre Veratur nur aus der Schwerindustrie nahm. Der letzte Mann sollte zur Munitionserzeugung herangezogen werden. Damit diese Industrie schneller liefern könne, sollte sie ruhig verdienen, und so ist diesen Heereslieferanten das Geld in den Rücken gereignet. Dadurch wurde doch ganz selbstverständlich der Appetit der Arbeiter auch geweckt; auch sie wollten etwas von dem Gewinn ihrer Arbeit abhaben. Die Ernährung und alle die anderen schädlichen Einflüsse zerstörten das Volk immer mehr. Die Preisfrage ist durch die Kriegspolitik angelegt worden. Das Ende all' der verfehlten Politik war eben der Zusammenbruch. Wie nach all' dem noch Leute sagen können, die Revolution sei schuld daran, ist bald nicht zu begreifen, und wenn unser Volk sich das glauben machen läßt, dann verdient es das nicht besser, als daß es noch einmal eine solche furchtbare Prüfung mitmacht. Redner äußerte sich auch über den parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Nicht verurteilen solle er, sondern nur Fehler feststellen und verhindern, daß in Zukunft solche Fehler gemacht werden. Der Weg ist uns vorgezeigt. Gegen die Politikpolitik von Rechts und Links, die Zusammenarbeit der sich auf das Programm des Volksstaates stellenden Parteien. Wir müssen Werte schaffen, Waren erzeugen, das ist unsere einzige Rettung. Zur freien oder Zwangswirtschaft sagte Redner, daß letztere unbedingt aufrecht erhalten werden müsse. Leute, die für die freie Wirtschaft apitieren, dies geschieht gerade von den Rechtsparteien, wollen uns in die Politikpolitik wieder hineintrufen. Unsere Streueigenschaft, die schon der erste Schritt zum Wiederaufbau sein sollten, sind von jenen Parteien vielfach illusorisch gemacht worden. Die Landwirtschaft hat wieder Steuererhöhungen erhalten, obwohl sie die Lasten am ersten bezahlen kann. Redner streifte noch manches, was infolge Nahrungsmangels hier nicht wiedergegeben werden kann. Jedenfalls verstand er es, klar und deutlich vor Augen zu führen, wie die Dinge liegen. Durch Arbeit zum Wiederaufstieg, wie mit den Politikpolitik. „Denken Sie daran, was Ihnen die Kriegspolitik für Leiden gebracht hat“, mit diesen Worten schloß Redner seine Ausführungen. In dem zur Diskussion gestellten Referate sprach zunächst Landmesser Schradet, der im allgemeinen den Ausführungen nur bestätigen konnte und sich ebenfalls nochmals über die Entstehungsurache des Zusammenbruchs, die Unterernährung, verbreitete. Kaufmann Fuchs, Leiter der kaufm. Geschäftsstelle unseres Kreises, äußerte sich zur Zwangswirtschaft und seine Erfahrungen damit in unserm Kreise. Auch er ist der

nicht, daß dieselbe nicht aufgehoben werden kann. Die Verpflichtung sei in unserem Kreise namentlich von den kleineren Landwirten voll und ganz erfüllt worden, während den kleineren fast nichts zu erhalten sei. (Im Referate der Dr. Quard das angeführte. Berücksichtigt muß werden, daß er dabei aber sicher an die landwirtschaftlichen Großbetriebe dachte, wovon wir in unserem Kreise ja keinen haben.) Bei Bekämpfung des Schleichhandels vertragen sich die Gerichte durch furchtbare Langsamkeit, und das Nebel wird dadurch nicht richtig bekämpft. Dr. Bechtel forderte die beiden Koalitionsparteien auf zur gemeinsamen Aufklärungsarbeit auf dem Lande, dem Hausiergeschäft der Nationalen müsse entgegengetreten werden. Dr. Quard hat nun kurz sein Schlußwort, spricht zu den Anregungen der Diskussion und fordert dazu auf, bei den nächsten Wahlen allen Putschisten die rechte Antwort zu geben.

Volksschule Diez. Elternbeirat.

Die Wählerliste liegt vom 14. d. Mts. an zur Einsichtnahme 14 Tage lang im Amtszimmer der Vergewaltigung der Einsichtnahme offen.

Handdatenlisten werden bis zum 4. März d. J. entgegen genommen.

Die zweite Elternversammlung findet Sonntag, den 29. Februar, nachmittags, von 3 Uhr im Schulhaus (Schloßberg 20) statt.

Diez, den 12. Februar 1920.

Der Rektor, Grün.

Öffentliche Mahnung

Alle rückständigen Steuern, Zinsen und Pachtgelder bis spätestens den 25. Februar d. J. einzuzahlen. Am 1. Februar beginnt die kostenpflichtige Zwangsversteigerung der Stadtkasse ohne vorherige Mahnung.

Die katholische Kirchentasse, Bad Ems.

Elternbeiräte an Volksschulen.

Am Sonntag, den 14. März findet die Wahl von Elternbeiräten für die hiesigen Volksschulen statt. Das Wahlrecht haben die Eltern — Väter und Mütter — sämtlicher Schüler zu.

Zur Vorbereitung der Wahl findet am Sonntag, den 15. Februar nachmittags 3 Uhr in der Steinischule (ob. Bezirk) und in der Schillerstraße (unt. Bezirk) je eine Elternversammlung statt. Wir laden die Eltern unserer Schüler zu diesen Versammlungen hierdurch ein.

Die Wählerlisten liegen von heute ab für 14 Tage während der Schulstunden in beiden Schulgebäuden zur öffentlichen Einsicht aus.

Bad Ems, den 13. Februar 1920.

Die Rektoren:

Gerhardt, Malabinder.

Am großen Saale „Hof von Holland“ Diez.

Freitag, 20. Februar 1920.
abends pünktlich 8 Uhr:

Großes Wohltätigkeits-Konzert

zum Besten der durch das Hochwasser beschädigten hilfsbedürftigen Familien der Stadt Diez.

Ausführende: Fräulein Gabriele Englerth (Sopran), Primadonna des Nassauischen Staatstheaters zu Wiesbaden, Professor Franz Mannsiedt (Klavier), Professor Oskar Weidner (Violoncello), Selmar Victor (Violine), Sämtliche erste Solomitglieder des Staatstheaters zu Wiesbaden. (früher Kgl. Theater)

Vortragsfolge:

1. Die Moll für Klavier, Violine und Violoncello: F. Schalkowsky (Dem Andenken eines großen Künstlers).
1. Pizzicato Elegiac
2. (M.) Tema con Variazioni (V) Variazioni Finale et Coda
2. Gefangenvortrag:
1. Arie a. d. Op. 81, „Nächtlicher, wo bist du?“ L. v. Beethoven
2. Violinkonzert in D-moll A. Wieniawski
3. Allegro, moderato — Romantisch — Finale a la Hungaria
3. Gefangenvortrag:
1. Arie und Rezitativ der Wälsch a. d. Op. 81, „Nächtlicher, wo bist du?“ W. A. Mozart
2. „Und Susanna kommt nicht“ W. A. Mozart
3. Gefangenvortrag:
1. Sarabande und Gavotte J. S. Bach
2. Klavierkonzert A. Strauss
3. Menuett L. v. Beethoven
4. Presto Oskar Schindler
5. Drei Lieder:
1. „Kühnheitsglaube“ Fr. Schubert
2. „Wald?“ Fr. Schubert
3. „Mit einem grünen Lautenbunde“ Fr. Schubert
4. Zwei Klavierkonzerte:
1. „Nocturne Des-dur“ Fr. Chopin
2. „Ungarische Rhapsodie Nr. 11“ Fr. Liszt

Die Türen bleiben während der Vorträge geschlossen.

Vorverkauf in der Buchhandlung Ph. S. Meckel.

Unserem Mitgliede

Herrn Christian Meffert

zu seiner Verlobung ein dreifach doppelseitiges Hoch!

Daß es über Berg und Tal erschallt und beim Lottchen widerhallt. Wüßte Du nun das Lottchen haben wollen wir am Wein uns laben. Gibst Du uns den Wein nun nicht kriegst Du auch das Lottchen nicht.

And „Fidelio“ Hoffmann.

Zentrumspartei

Bad Ems

Am Sonntag, den 15. Februar, nachmittags 5 Uhr
im Hotel **Weisses Ross**, Bad Ems
Versammlung

in welcher der Abgeordnete Herr Herkenrath über
Zentrumspolitik und innerpolitische Lage
sprechen wird.

Zu dieser Versammlung werden die Mitglieder und Anhänger der Zentrumspartei, Frauen und Männer ergebenst eingeladen.

Dr. Stemmler,

Obmann der Zentrumspartei, Bad Ems.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Sonntag, den 14. Febr. abends 1/8 Uhr
im Gasthaus zur Krone, Ems
öffentliche Versammlung.

Redner! Sekretär G. Müller über
Lohnverhandlungen in Oberlahnstein und Wehlar
(Vorstandswahl.)

J. A.:

Georg Ott.

Achtung!

Ballspielvereinigung 1919 Bad Ems.

Sonntag, den 15. ds. Mts.

veranstaltet die Ballspielvereinigung 1919 im
Saalbau **Zur Krone** (Besitzer J. Marschang)

Kostümfest

verbunden mit **Verlosung** nebst abwechslungsreichen
Vorträgen und anschließendem **BALL**.

Der noch junge Verein hat es verstanden, infolge
Mitwirkung älterer Herren ein abwechslungsreiches Pro-
gramm zu bieten.

Anfang 3 Uhr nachmittags neue Zeit.

Eintritt 1 Mark

Gutes Orchester

— Getränke nach Belieben. —

Es ladet herzlich ein

Der Vorstand.

Ähorn und Aischchen.

Es sollen öffentlich meistbietend gefällte Straßenbäume
verkauft werden:

- a) Mittwoch, 18. Februar, vorm. 9 Uhr 32 Ähornstämme,
auf der Straße Diez a. Bahn-Montabaur Alm. 1,6 und
2,4, anfangend bei Alm. 1,6.
 - b) Mittwoch, den 18. Februar, nachm. 3.30 Uhr 26 Aisch-
chen auf der Straße Kägenelbogen-Lauenburg a. Bahn,
Alm. 4 bis 8,4, anfangend bei Alm. 8,4.
- Sämtliche Bäume sind 15—48 Zentimeter stark und
bis 6 Kilometer von der nächsten Bahnstation entfernt.
Die Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht.
Diez, den 9. Februar 1920.

Der Landeswegemeister.

W. Dombach.

Codes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen,
unser liebes Töchterchen, Schwesterchen und
Enkelchen

Elisabeth

im zarten Alter von 1 Jahr nach kurzem,
schwerem Leiden zu sich zu nehmen.

Freudlieb, Diez, den 12. Februar 1920.

Die trauernden Eltern

Wilhelm Sahmer u. Frau.

Die Beerdigung findet Samstag, den 14.
Februar, mittags 3 Uhr statt.

Evangel. Frauenverein

Bad Ems.

Sonntag, 15. 2. 4 Uhr
im Gemeindefaal: Vortrag des
Paters L. C. Arsenius a. Riffen
„Staat, Kirche und Schule“.



BAD EMS.

Von morgen ab beginnt das
Turnen um 8 Uhr abends.
Der Vorstand.

Pr. Marmelade 2,50 M.
so lange Vorrat.

Heinrich Umsonst, Ems.
Telefon 2. 1754

Holl.

Süßrahmmargarine,
frische Eier,
Holl. Vorkühnlinge,
Salz- u. Essiggurken
empfehlen
[750]

M. Bräutigam, Ems.

Junge Hühner,
Suppenhühner.

Heinrich Umsonst, Ems.
Telefon 2. 1755

Großer Ofen
zu kaufen gesucht. [756]
Näheres Geschäftsstelle

Bauernverein Bad Ems.

Sonntag, den 15. Februar, abends 7 Uhr
in den Sälen von J. C. Flöck

Großer Kostümball

Gesichtsmaske nicht gestattet.

Eintritt für Herren 3 Mk., eine Dame frei,
jede weitere Dame 1 Mk.

Tanz frei

Kein Weinzwang

Der Vorstand.

Zahnersatz

mit und ohne Barte in 20 Tagen.
Gold, garantiert erstklassige
Ausführung. In Hausauf-
beit & Material. Plombieren u.
Zahnziehen möglichst schmerz-
los — Behandlung sämtlicher
Krankheitsfälle. [724]
P. Ehrenberg, Dentist.
Diez a. B. Rosenstraße

Laden

in Diez zu mieten gesucht
Angebote unter Z. 226
an die Geschäftsstelle. [670]

Schlafzimmer,

mit eich. Bett aus einem
Bett mit Kopfkissen, Nachttisch
Koschisch m. Marmor, Spiel-
zeug, elektr. Schrank, Gardin-
en, Stuhl zu verkaufen.
Ems, Römerstr. 28 IV.

Ein Paar gelbe

Salbfische Nr. 39

zu verkaufen. [753]
Wo sagt die Geschäftsstelle.

Eine tolle Kasse

Haushaltungs-Mangel
zu verkaufen. Zu erfragen in der
Geschäftsstelle. [741]

Einige gut erhaltene

Fenster u. Türen
zu kaufen gesucht. Angebote mit
Anrede der Geschäftsstelle unter Z. 436
an die Geschäftsstelle. [727]

Photo-Apparat

und Doppelkassette zu kaufen ge-
sucht. Bad Ems Röhl,
Bahnhofstr. 21.

Leppich

zu kaufen gesucht. Angebote unter
Z. 470 an die Geschäftsstelle. [738]

Suche zum 15. April oder 1.

Mal Stunden Mädchen
Frankfurt, Ems. Römerstr. 71.

Für einen, besseren Haushalt
(2 erwachsene Personen) wird in
Dauerstellung gesucht, in Küche
u. Haushalt ziemlich selbstständiges

Mädchen

gesucht. Hoher Lohn, gute Ver-
sicherung und Behandlung ange-
boten. Angebote unter Z. 100
an die Geschäftsstelle. [730]

Lüftung &

Mädchen

bei gutem Lohn gesucht
Frau Rechtsanwältin
Dr. Schmidtborn, Diez.

Zum Selbstunterricht!

Taussaint-Langenscheidt
französisch-deutsch abgeben.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle
d. Zeitung. [728]

Alle

Gartenfämereien

in bekannter Qualität

sowie prima

Stadtwiebeln

empfiehlt Gärtnerei

Karl Baumann, Diez.

Am Montag zwischen Lan-
renburg und Klinge noch eine
Reisedecke verloren. Wieder-
bringer erhält Belohnung.
Erziehungsheim Linden-
mühle b. Kägenelbogen.

Kirchliche Nachrichten.

Bad Ems.

Evangelische Kirche

Sonntag, 15. Februar, 8.30 Uhr

Pfarrkirche.

Vorm. 10 Uhr: Dr. Pfarrer

Gemeinde.

Zu Anstich an den Vormittags-
gottesdienst Christenlehre für die
festen firmierten Mädchen der 3. letzten
Jahrgänge 1919, 1918, 1917

Nachm. 2 Uhr: Dr. Pfarrer

Gemeinde.

Gemeindefaal, 4 Uhr: Veramm-

lung des Frauenvereins.

Amstode: Dr. V. G. G. G.

Dausenau.

Evangelische Kirche.

Sonntag, 15. Februar, 8.30 Uhr.

Vorm. 10 Uhr: Hauptgottesdienst

Herr Pfarrer Lic. Prentiss.

Vorm. 11 Uhr: Kinder gottesd.

Nachm. 2 Uhr: Dr. V. G. G.

Amstode: Dr. V. G. G.

Prentiss.

Freitag, den 12. Februar

7.30 Uhr abends (pünktlich)

Vorbereitung zum 1. d. d. g. g.

dienst in der Kinderkirche.

Diez

Evangelische Kirche

Sonntag, 15. Februar, 8.30 Uhr.

Vorm. 10 Uhr: Dr. V. G. G.

Nachm. 2 Uhr: Dr. V. G. G.

Amstode: Dr. V. G. G.

Prentiss.

Freitag, den 12. Februar

7.30 Uhr abends (pünktlich)

Vorbereitung zum 1. d. d. g. g.

dienst in der Kinderkirche.